



## Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Margit Wild, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt SPD**

### **Bayern bezwingt den Müllberg I – Staatsverwaltung soll Musterbeispiel für „Zero Waste“ („Kein Müll“) werden!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich zum Ziel des „Zero Waste“, übersetzt: „Null Abfall“, zu bekennen und die Staatsverwaltung exemplarisch zu einer „Zero-Waste“-Verwaltung zu machen.

Dazu soll die Staatsregierung wirksame Maßnahmen innerhalb ihres Einflussbereichs erarbeiten und unter anderem

- ein Verbot von Einweg-Geschirr und Einweg-Verpackungen für alle staatlichen Einrichtungen erlassen,
- Trinkwasserspender (mit Leitungswasser) in staatlichen Gebäuden bereitstellen,
- bei der Büroausstattung (Papier, Schreibgeräte usw.) der staatlichen Einrichtungen nach Möglichkeit Recycling-Produkte verwenden,
- bei zukünftigem Bedarf Mobiliar aus nachhaltiger Produktion oder Recycling anschaffen.

### **Begründung:**

Durchschnittlich wirft jede und jeder Deutsche etwa 450 kg Haushaltsmüll im Jahr weg, also mehr als ein Kilo am Tag. Den größten Anteil daran hat der Verpackungsmüll, der in Deutschland laut aktuellen Zahlen des Umweltbundesamts auf ein Rekordhoch angestiegen ist: Im Jahr 2017 fielen in Deutschland 8,7 Mio. Tonnen Verpackungsmüll an, das sind 226,5 kg pro Person und Jahr. Im Vergleich zum Vorjahr (2016) ist das ein Anstieg um 3 Prozent. Private Verbraucher hatten daran einen Anteil von 47 Prozent oder 107 kg pro Kopf. Ein Grund für den wiederholten Anstieg in Folge ist das starke Wachstum des Onlinehandels und die damit einhergehende Verpackungsflut.

Die „Zero-Waste“-Bewegung, wörtlich übersetzt „Null Abfall“, will diese Entwicklungen umkehren und plädiert dafür, wo immer möglich, Müll gar nicht erst anfallen zu lassen bzw. ihn – wo nötig – zu reduzieren und zu verwerten. Auch Städte und Regionen können im Sinne dieser Grundsätze innerhalb ihres Einflussbereichs einige wegweisende und exemplarische Maßnahmen zur Müllreduzierung in die Wege leiten. Die Staatsregierung soll in ihrem Einflussbereich der Staatsverwaltung und der staatlichen Gebäude tätig werden und ihrer Vorbildfunktion damit gerecht werden.